

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

21.04.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Unzureichender Terrorschutz“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.04.2022</i> .....	3
2   <b>74 Castoren im Zwischenlager</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.04.2022</i> .....	6
3   <b>Geheimniskrämerei?</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.04.2022</i> .....	7
4   <b>Korrosion im Kraftwerkspark</b> <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.04.2022</i> .....	8

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 21.04.2022 | S. 8

 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

 Martina Rathke

## ATOMLAGERUNG

# „Unzureichender Terrorschutz“

**Ist das geplante Atomzwischenlager in Lubmin gegen den gezielten Absturz eines Flugzeuges und Beschuss mit panzerbrechenden Waffen gesichert? Der Umweltverband BUND bezweifelt das.**

Ein monolithischer Bau mit 1,8 Meter dicken Betonwänden und einer ebenso starken Decke soll ab 2027 in Lubmin die 74 Castoren mit hochradioaktivem Abfall beherbergen. Nun gibt es weitere Kritik an dem geplanten Bau, der wegen der verschärften Sicherheitsanforderungen nach den weltweiten Terroranschlägen erforderlich geworden ist und das atomare Zwischenlager Nord teilweise ersetzen soll. Der Umweltverband BUND und auch die Grünen hatten bereits das Fehlen einer heißen Zelle moniert, in der defekte Castoren im Notfall geöffnet und neu verpackt werden könnten.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens hat der Umweltverband nun weitere aus seiner Sicht bestehende Schwachpunkte aufgelistet. So sei lediglich der zufällige Absturz eines Militärflugzeugs betrachtet worden. Die Sicherheitsprüfungen sollten aber auch Auswirkungen eines gezielten Flugzeugabsturzes einbeziehen, so BUND-Landeschefin Corinna Cwielag. „Diese Betrachtung ist unter der neuen geopolitischen Lage, die sich mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ergeben hatte, dringend erforderlich.“ Ebenso sei ein Beschuss der Castorbehälter mit panzerbrechenden Waffen nicht ausreichend geprüft worden. Ein solcher Beschuss sei während der Lagerung und anlageninterner Transporte generell möglich und durch die Freisetzung von Radioaktivität mit erheblichen Auswirkungen auf die im Umfeld des Lagers lebende Bevölkerung verbunden. „Der Terrorschutz ist unzureichend“, so Cwielag.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens, das derzeit am Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) geführt wird, gingen insgesamt sieben Einwendungen gegen das Ersatzlager ein, für das das bundeseigene **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen (EWN)** Ende 2023 mit den Bauarbeiten beginnen will. In etwa vier bis sechs Monaten sollen die Einwen-

dungen bei einem Erörterungstermin diskutiert werden.

Die **EWN** weist die Kritik zurück und verweist auf zusätzliche sicherheitsrelevante Informationen, die nicht Teil der Auslegung waren. Demnach seien besonders sensible Maßnahmen, die dem Schutz der Anlage gegen Störmaßnahmen dienen, der Genehmigungsbehörde in einem getrennten Bericht vorzulegen. Begründung eines **EWN**-Sprechers: Eine öffentliche Auslegung und Erörterung würde den effektiven Schutz gegen solche Maßnahmen entwerten und darüber hinaus gegen gesetzliche Vorgaben, wie die Atomrechtliche Verfahrensordnung, verstoßen. „Keine gute Lösung für die Menschen, die in der Nähe wohnen und betroffen wären“, kontert Cwielag. „Transparenz sieht anders aus.“

Grundsätzliche Kritik gibt es vor allem an fehlenden Planungen für die zeitliche Lücke, die zwischen dem Auslaufen der Castor-Genehmigungen und der Inbetriebnahme eines Endlagers entsteht. „Die bisherige Planung ist unzureichend und muss an die Anforderungen einer Langzeitlagerung angepasst werden“, moniert Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin des Umweltverbandes. Die Genehmigung für den ersten in Lubmin gelagerten Castorbehälter läuft 2036 aus, 40 Jahre nach Verschluss. Ein Endlager für hochradioaktiven Abfall geht in Deutschland frühestens 2050 in Betrieb. Wo, ist bis heute unklar.

Wegen dieser zeitlichen Diskrepanz halten Umweltverbände wie auch die Grünen eine heiße Zelle für dringend erforderlich, in der defekte Castoren repariert werden. Die **EWN** GmbH als Betreiber hatte betont, eine heiße Zelle als Option zu planen und diese nachzurüsten, wenn dies erforderlich sei. Der Landtagsabgeordnete Hannes Damm (Grüne) kritisiert allerdings, dass die vorgelegten **EWN**-Anträge keine Pläne zu

der vom Betreiber bereits kommunizierten einfachen „Nachrüstfähigkeit“ einer heißen Zelle beinhalten. Die **EWN** kontert, dass die heiße Zelle nicht Teil des Genehmigungsverfahrens sei. Sie werde als getrenntes Gebäude direkt angrenzend an das Zwischenlager errichtet, sofern dies erforderlich sei.

Wegen der längeren Zwischenlagerung ist es für den BUND auch dringend erforderlich, negative Alterungseffekte der Castoren zu untersuchen. Ergänzend zu internationalen Forschungsprojekten sollten umfang-

reiche nationale Untersuchungen initiiert werden, die auch die in Lubmin aufbewahrten Behälter und deren Inventar - Brennelemente russischer Bauart - berücksichtigen. Ähnlich hatte sich bereits der Grünen-Abgeordnete Damm geäußert.

**Zitat-Text:**

**”Diese Betrachtung ist unter der neuen geopolitischen Lage, die sich mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ergeben hatte, dringend erforderlich.” - Corinna Cwielag, BUND-Landeschefin**



**Bild:** Das Zwischenlager Nord (ZLN) in Lubmin: In Halle 8 des atomaren Zwischenlagers lagern 74 Castorbehälter mit hochradioaktivem Abfall.



**Bild:** Block „EWN - Entsorgungswerk für Nuklearanlagen“ steht vor dem stillgelegten Kernkraftwerk in Lubmin.

## 74 Castoren im Zwischenlager

Nach der Terrorserie, die 2001 mit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York begann, hatte der Bund 2011 die Sicherheitsanforderungen für die Lagerung von hochradioaktivem Atommüll angezogen. Die 74 Castoren im Lubminer Zwischenlager Nord (ZLN) mit Brennelementen aus Lubmin, Rheinsberg, Karlsruhe und aus dem atombetriebenen Forschungsschiff „Otto Hahn“ lagern bislang in einer Halle, die räumlich mit den anderen Hallen für schwach- und

mittelradioaktiven Abfall verbunden ist - ein potenziell sicherheitsrelevanter Schwachpunkt. Nun entsteht bis 2027 ein separater Bau mit höheren Standards. Das Kernkraftwerk Lubmin, das zwischen 1973 und 1990 in Betrieb war, deckte elf Prozent des DDR-Strombedarfs. Wegen Sicherheitsbedenken wurden der Atommeiler in Lubmin und das deutlich kleinere Kraftwerk in Rheinsberg nach dem Fall der Mauer abgeschaltet.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 21.04.2022 | S. 5

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

👤 Martina Rathke

## NEUES ATOMMÜLL-LAGER

# Geheimniskrämerei?

**In Lubmin entsteht ein neues Zwischenlager für hoch radioaktiven Atommüll. Bei den Plänen zum Terrorschutz hört beim Betreiber allerdings die im Genehmigungsverfahren postulierte Transparenz auf. Auch wenn die Sicherheitsinteressen begründet erscheinen, die Anwohner haben ein Anrecht auf Informationen, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke.**

Bundeskanzler Scholz sprach von einer „Zeitenwende“. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine stellt die Sicherheitsarchitektur nach dem Zweiten Weltkrieg in Frage. Wir reden hierzulande wieder über Notvorräte, Bunker und einen potenziellen Atomschlag - eine Diskussion, die nach dem Ende des Kalten Krieges als abgeschlossen galt. Gerade in diesem Kontext erscheint es nachvollziehbar, dass die Atomlager-Betreiber in Lubmin nicht alle sicherheitsrelevanten Schutzmaßnahmen, die für das geplante Ersatzlager vorgesehen sind, preisgeben. Dem Bürger bleibt also nur übrig, der Kompetenz der Fachbehörden bei der Bewertung die-

ser geheim gehaltenen Maßnahmen zu vertrauen. Zurück bleibt dennoch ein unwohles Gefühl in einer Gesellschaft, in der Transparenz eine wichtige Säule und der Informationszugang einklagbar ist. Die Bürger, die in der Nähe des Atommülllagers wohnen, haben ein Anrecht zu wissen, welche potenziellen Gefahren ihnen bei einem gezielten Flugzeugabsturz auf das mit hoch radioaktivem Müll vollgestellte Lager drohen. Die **EWN** als Betreiber müssen diesen Konflikt lösen: für Transparenz sorgen und zugleich nachvollziehbare Sicherheitsinteressen wahren.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 21.04.2022 | S. 18

 Auflage: 210.695 | Reichweite: 940.692

 Niklas Zábóji

## Korrosion im Kraftwerkspark

*Die Probleme in den französischen Atomreaktoren ziehen immer weitere Kreise.*

**Paris.** Die technischen Schwierigkeiten in den französischen Atomkraftwerken weiten sich aus. Wie der Betreiber EDF mitteilte, wurden erstmals auch an einem Reaktor kleineren Bautyps Hinweise auf Spannungskorrosion entdeckt. Betroffen ist einer der vier Reaktoren in Chinon an der Loire mit einer Leistung von 900 Megawatt. Auch dort sollen Schweißnähte von Rohrkrümmern, die das Sicherheitsinjektionssystem mit dem Primärkreislauf verbinden, Risse aufweisen - ein Phänomen, das bislang nur an fünf Reaktoren der neueren Bautypen mit 1300 und 1450 Megawatt Leistung in Civaux in Westfrankreich, in Chooz in den Ardennen und in Penly in der Normandie festgestellt worden war.

Wie EDF weiter mitteilte, besteht nach den neuesten Untersuchungen jedoch nicht nur an dem älteren Reaktor in Chinon, sondern auch an weiteren neueren Reaktoren der Verdacht auf Korrosion. Dies meint jeweils einen der Reaktoren in Cattenom nahe der Grenze zum Saarland, in Flamanville in der Normandie und in Golfech in Südwestfrankreich. Auch dort gehen die Untersuchungen in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde ASN nun weiter. Die Anlagen produzieren so lange keinen Strom. Selbiges gilt für den zweiten Reaktor in Flamanville und zwei der Reaktoren in Bugey bei Lyon. Ihre Begutachtung wurde von EDF wegen des Korrosionsphänomens ebenfalls als prioritär eingestuft.

Der französischen Stromversorgung drohen wegen der Reaktorausfälle weitere Stresstests. Im schlimmsten Falle müsste der komplette Kraftwerkspark einer Überprüfung unterzogen werden inklusive Austausch der betroffenen Bauteile. Zwischen den Jahren 1979 und 1988 in Betrieb genommene Reaktoren mit einer Leistung von 900 Megawatt gibt es 32 an der Zahl, das ist mehr als die Hälfte der insgesamt 56 im Betrieb befindlichen Reaktoren. Von den 1300 Megawatt starken Reaktoren gibt es 20, sie gingen in den Jahren 1985 bis 1994 ans Netz und die verbleibenden vier 1450-Megawatt-Reaktoren in den Jahren 2000 und 2002. Seither wurde wenig investiert und nur ein Reaktorneubau in Auftrag gegeben.

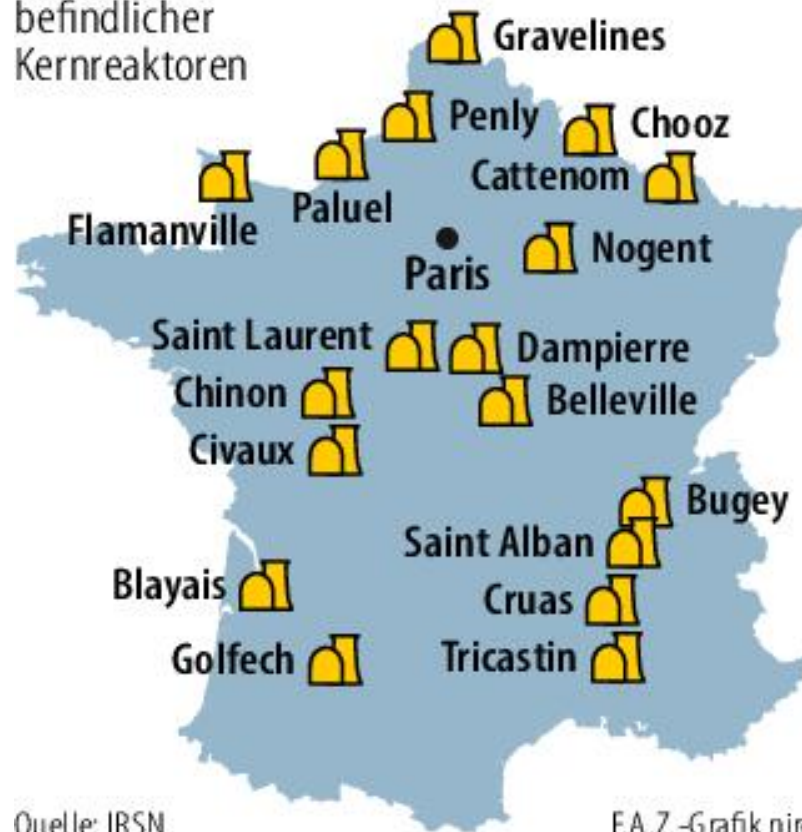
In den vergangenen Wochen hatte der französische Netzbetreiber RTE phasenweise dazu aufgerufen, zu bestimmten Tageszeiten nicht die Waschmaschine laufen zu lassen oder Handy und Elektroauto zu laden. Schon bevor die Korrosionsprobleme von Dezember an immer größere Kreise zogen, hatte RTE eine ungewöhnlich niedrigere Stromerzeugung durch die französischen Atomreaktoren prognostiziert, da coronabedingt Wartungsarbeiten verschoben worden waren. Die meisten der Ausfälle kommen nun außerplanmäßig hinzu - und wurden wegen des Austauschs der betroffenen Bauteile auch immer weiter verlängert, teilweise bis Ende dieses Jahres.

Im Ergebnis sind von den rund 61 Gigawatt Leistung, auf die der französische Atomkraftwerkspark kommt, derzeit nur etwas mehr als die Hälfte abrufbar. Die Stromproduktion werde dieses Jahr auf ein 30-Jahres-Tief fallen, kündigte EDF unlängst an. Das hat zum einen Folgen für die Energieversorgung: Frankreich wurde phasenweise wieder zum Stromimporteur und bezog verstärkt Erdgas aus dem Ausland, auch wenn dessen Anteil am Strommix und die Abhängigkeit von Russland geringer ist als in Deutschland; der Anteil der Kernenergie am französischen Strommix liegt derzeit bei knapp 65 Prozent.

Zum anderen strapazieren die Kraftwerksausfälle die Bilanz des mit mehr als 40 Milliarden Euro ohnehin hoch verschuldeten Kraftwerksbetreibers EDF: Erst Anfang April schossen die Aktionäre 3,1 Milliarden Euro an frischem Kapital nach, der Löwenanteil davon kam vom französischen Staat, der 84 Prozent der Anteile hält. Zudem war EDF von der Regierung angewiesen worden, größere Mengen an Atomstrom an Wettbewerber zu einem staatlich regulierten Preis unter den aktuellen Preisen im Großhandel zu verkaufen. Das soll die Kosten für Haushalte und Unternehmen senken. EDF musste daraufhin teuer Mengen am Markt beschaffen. Die Aktie des Energiekonzerns notiert derzeit bei rund 9 Euro, rund ein Drittel weniger als Anfang Dezember.

# Kernkraftwerke in Frankreich

Standorte in Betrieb  
befindlicher  
Kernreaktoren



Quelle: IRSN

F.A.Z.-Grafik niro.